

14.320

**Standesinitiative Wallis.
Wolf. Fertig lustig!
Initiative cantonale Valais.
Loup. La récréation est terminée!**

Vorprüfung – Examen préalable

Ständerat/Conseil des Etats 09.03.16 (Vorprüfung – Examen préalable)
Nationalrat/Conseil national 14.09.16 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Mehrheit
Der Initiative Folge geben

Antrag der Minderheit
(Semadeni, Badran Jacqueline, Bäumle, Genecand, Girod, Müller-Altermatt, Nordmann, Nussbaumer, Thorens-Goumaz, Vogler)
Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la majorité
Donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité
(Semadeni, Badran Jacqueline, Bäumle, Genecand, Girod, Müller-Altermatt, Nordmann, Nussbaumer, Thorens-Goumaz, Vogler)
Ne pas donner suite à l'initiative

Präsident (Stahl Jürg, erster Vizepräsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Ruppen Franz (V, VS), für die Kommission: Ich äussere mich hier als Kommissionssprecher, aber im Sinne der Transparenz vorab etwas zu meiner Interessenbindung: Ich bin auch Vorstandsmitglied des Vereins «Lebensraum Wallis ohne Grossraubtiere».

Ihre Kommission hat die vom Kanton Wallis eingereichte Standesinitiative «Wolf. Fertig lustig!» am 23. und 24. Mai 2016 vorgeprüft und beantragt Ihnen mit 11 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Standesinitiative Folge zu geben. Eine Minderheit beantragt, ihr keine Folge zu geben. Frau Kollegin Semadeni wird anschliessend die Argumente der Minderheit darlegen.

Die Standesinitiative Wallis verlangt von der Bundesversammlung, den Bundesrat zur Kündigung der Berner Konvention aufzufordern und dabei die Möglichkeit eines neuen Beitritts vorzusehen, sofern ein Vorbehalt, der den Schutz des Wolfes ausschliesst, ausgehandelt werden kann. Zudem soll die Jagdgesetzgebung dahingehend geändert werden, dass der Wolf ganzjährig gejagt werden darf.

In der Kommission haben folgende Erwägungen dazu geführt, dass dieser Standesinitiative Folge gegeben wurde: Die Berner Konvention wurde 1979 abgeschlossen und 1980 ratifiziert. Die Schweiz hat damals keinen Vorbehalt betreffend Wolf angebracht, weil es hier keine Wölfe gab. Zwischenzeitlich hat sich die Situation geändert, und zwölf Konventionsstaaten haben einen Vorbehalt in Bezug auf den Wolf angebracht. Dies verlangt nun auch die vorliegende Standesinitiative für die Schweiz.

Im Übrigen hat schon die Motion Fournier, die 2010 von beiden Kammern dieses Parlamentes angenommen wurde, den Austritt aus der Berner Konvention gefordert. Nur wurde dieser Entscheid des Parlamentes von der Verwaltung nie umgesetzt. Es geht jetzt hier auch in staatspolitischer Hinsicht darum, den damaligen klaren Parlamentsbeschluss endlich umzusetzen.

Mit dem neuen Wolfskonzept und auch mit der Motion Engler, die jetzt in der Pipeline sind, kann die Wolfsproblematik nicht geregelt werden: Die Motion Engler will nämlich eine Regulierung des Wolfsbestandes, ohne diesem Tier seinen

Status als geschützte Art abzuerkennen. Bereits heute sind aber die Voraussetzungen für den Abschuss eines Wolfes schwierig zu erfüllen. Die betroffenen Kantone müssen jedoch ihre Wolfsbestände selber regulieren können. Damit die Jagdbarkeit des Wolfes im nationalen Recht verankert werden kann, muss zuerst das internationale Recht, nämlich die Berner Konvention, gekündigt und ein Neubetritt ausgehandelt werden, mit Vorbehalt, da die Konvention dem nationalen Recht vorgeht und die Jagdbarkeit des Wolfes nicht zulässt.

Der Wolf ist keine vom Aussterben bedrohte Tierart. Es gibt allein in Europa etwa zwanzigtausend Wölfe. Allerdings gibt es in der Schweiz keine Region, die gross genug ist, um den Wölfen dauerhaft artgerechte Lebensräume zu bieten. Die Schweiz ist zu dicht bevölkert. Unsere Vorfahren haben den Wolf ausgerottet, als die Schweiz viel weniger dicht besiedelt war.

Es gibt in letzter Zeit immer mehr Wolfsrisse. Diese Wolfsrisse haben in den letzten Wochen und Monaten massiv zugenommen. Es gibt Konflikte mit Jägern, mit der Landwirtschaft, mit dem Tourismus und mit der Bevölkerung. Es ist aber nicht nur ein Problem des Kantons Wallis oder der Berggebiete, sondern auch eines der übrigen Kantone. In der letzten Zeit sind Wölfe oder damit einhergehende Risse auch in den Kantonen Uri, Schwyz, Graubünden, Glarus und St. Gallen oder in der Westschweiz vorgekommen. Auch im Kanton Zürich gab es schon Wolfsvorkommen. Auch in Ländern wie Frankreich, Deutschland und Schweden gibt es immer mehr Probleme mit den Wölfen.

Die zunehmenden Wolfsrisse stellen klar eine Gefahr für die Berglandwirtschaft dar. Trotz Herdenschutzmassnahmen gibt es noch immer – und immer wieder und immer mehr – Wolfsrisse. Die Wölfe machen sich dabei über Schafe und Ziegen her, erbeissen sie und reißen ihnen die Eingeweide heraus. Die Nutztiere müssen qualvoll verenden.

Anfang Sommer hat der Wolf in der Augstbordregion auch acht Walliser Schwarzhalsziegen gerissen. Diese einzigartige Ziegenrasse gilt als Species rara und ist allein deswegen schon hochgradig schützenswert. Die Rasse der Walliser Schwarzhalsziege gilt als bedroht und muss als gefährdet angesehen werden; dies im Gegensatz zum Wolf, gibt es doch weltweit wohl über zweihunderttausend Wölfe. Die Walliser Schwarzhalsziege und auch das Schwarznasenschaf gelten als Species rarae und sind als Kulturgut unbedingt zu schützen und zu erhalten.

Im Jahre 2014 hat das Bundesamt für Umwelt mit der kantonalen Jagdabteilung des Wallis ein Schutzkonzept erarbeitet. In der Augstbordregion – der Gegend um Törbel, Moosalp, Büchen, Embd, Zeneggen und Unterbäch – wurden über zehn Kilometer Schutzzäune erstellt. Eine professionelle Hirten mit Schutzhund war vor Ort. Man hat die Tiere nachts in einer Nachtkoppel eingezäunt; das ist ein zweieinhalb Meter hoher elektrischer Zaun, bewacht von einem Schutzhund.

Trotz dieser grossen Anstrengungen im Bereich Herdenschutz gab es auf diesen geschützten Wiesen immer wieder Risse. Alleine im Kanton Wallis sind 2016 über 130 tote Schafe und Ziegen zu beklagen. Diese Herdenschutzmassnahmen sind also nur bedingt geeignet und bieten keine Gewähr für die Abwehr von Grossraubtieren. Auf vielen Alpen sind Herdenschutzmassnahmen zudem aus topografischen Gründen nur schwer oder gar nicht umsetzbar.

Viele Schäfer geben die Alpen auf, weil Aufwand und Kosten des Herdenschutzes unverhältnismässig hoch sind. Die Alpen verbuschen und verganden, was auch negativ für den Tourismus ist. In einigen Jahren wird man sie dann vermutlich mit Bundesgeldern wieder herrichten wollen. Das alles könnte man aber heute einfacher haben.

Der Herdenschutz hat im Weiteren auch negative Auswirkungen auf gewisse touristische Aktivitäten. Es gibt nämlich immer wieder Konflikte mit Herdenschutzhunden, da diese gegenüber Wanderern ein aggressives Verhalten an den Tag legen.

Der Wolf verliert im Übrigen immer mehr die Scheu vor dem Menschen und kommt immer näher an die Siedlungen. Wir



hatten ihn vor zwei Jahren in Ergisch mitten im Dorfzentrum. Es gab dann Risse in Zeneggen und Törbel, nur wenige Meter von Häusern entfernt in einer eingezäunten Weide, oder auch in der Nähe von Häusern in Bürchen, wo die Schafe mit einem elektrifizierten Gitterzaun geschützt waren. Dies ist für die betroffene Bevölkerung nicht mehr tragbar. Noch ein Wort zu den Kosten: Gemäss Antwort des Bundesrates auf eine Interpellation von alt Nationalrat Oskar Frey-singer (15.3887) belaufen sich die Kosten für den Wolf beim Bund auf 3,3 Millionen Franken, ohne die indirekten Kosten und ohne die Kosten, die in den Kantonen noch anfallen. Allein im Kanton Wallis wurden 2015 in der Verwaltung rund 3000 Arbeitsstunden für die Wolfsproblematik aufgewendet. Die Berggebiete haben heute mit vielfältigen Problemen zu kämpfen. Es sei nur an die Raumplanung, die Zweitwohnungs-Initiative, die Probleme im Tourismus usw. erinnert. Die mit der Ausbreitung der Grossraubtiere verbundenen Probleme sind massiv nachteilig für die Berglandwirtschaft. Die Bewohner im Berggebiet, das gilt auch in anderen Kantonen, die Kleintierhalter und die Alpbewirtschafter wollen das Berggebiet als Lebens- und Wirtschaftsraum erhalten. Die Wolfsproblematik lässt sich nach Ansicht der Kommission nur über den Weg der Standesinitiative Wallis lösen. Aus den genannten Gründen beantragt Ihnen die Kommission deshalb, dieser Standesinitiative Folge zu geben.

Buttet Yannick (C, VS), pour la commission: Le rapporteur de langue allemande ayant fait un point plus qu'exhaustif de la situation, non seulement des débats, mais aussi de la question, je me permettrai de me limiter à l'essentiel. Le thème qui nous occupe aujourd'hui est un serpent de mer; ce sujet revient de manière régulière dans nos débats. Ceci n'est pas le fait des cantons, qui se voient contraints de tolérer la présence de prédateurs ou plutôt de ceux dans lesquels les prédateurs ont la liberté de tuer à leur guise et d'errer à proximité des villages. Mais c'est bien le refus du Conseil fédéral de mettre en oeuvre la volonté du Parlement qui en fait un thème récurrent. L'initiative déposée par le canton du Valais demande par conséquent à l'Assemblée fédérale de sommer le Conseil fédéral de dénoncer la Convention de Berne, avec la possibilité de la renégocier avec une réserve excluant la protection du loup, comme l'ont fait certains Etats. Elle demande également, objectif ultime, que le loup puisse être chassé.

La cohabitation du loup et des populations de montagne pose problème. Le loup met en danger la survie de l'agriculture de montagne car, malgré les mesures de protection prises là où elles peuvent l'être, il s'attaque très régulièrement aux troupeaux, sans parler des meutes qui se sont d'ores et déjà formées dans notre pays. Nous avons vu des images insoutenables de moutons, de chèvres, de chevaux ou de bovins égorgés, partiellement dévorés vivants pour le seul plaisir de tuer et non pas pour se nourrir. Par ailleurs, la présence de chiens de protection pose problème pour le tourisme puisqu'il n'est pas rare qu'ils s'attaquent aux promeneurs. Cette situation coûte cher non seulement aux agriculteurs et aux milieux touristiques, mais aussi à la Confédération et aux cantons.

Ce sont ces raisons qui ont poussé la commission de notre conseil à proposer de donner suite à l'initiative déposée par le Grand Conseil valaisan, ceci afin de mettre fin aux agissements violents de ce canidé sauvage dont nous cherchons encore l'utilité. Hormis ces arguments objectifs, répétés depuis de nombreuses années, donner suite à cette initiative, c'est finalement confirmer la volonté exprimée par les deux chambres lors du traitement de la motion Fournier 10.3264, acceptée en 2010, mais jamais mise en oeuvre par le Conseil fédéral.

Le Conseil fédéral, quant à lui, a répondu qu'il avait tout de même agi, et que la récente révision de la loi sur la chasse, actuellement en consultation, autorisant des tirs préventifs sous certaines conditions, lui permettait de respecter la volonté du Parlement. Il met aussi en avant son respect de la motion Engler 14.3151, également acceptée par notre Parlement, qui demandait une régulation du loup sans toutefois

qu'il ne puisse être chassé. Grâce à la motion Engler, des prélèvements préventifs d'individus devraient désormais être possibles. Les conditions demeurent toutefois très strictes et il reste surtout à prouver en pratique que les cantons disposent d'une certaine liberté d'action dans ce domaine, et ne sont pas sous la tutelle d'un office fédéral sans légitimité démocratique.

En conclusion, au vu de la mauvaise volonté du Conseil fédéral, dopée par une administration peu respectueuse des décisions parlementaires, la commission a considéré que l'initiative déposée par le canton du Valais était digne de soutien. Elle vise, d'une part, à faire en sorte que l'ordre institutionnel soit respecté et, d'autre part, que la problématique du loup, et indirectement celle des grands prédateurs, soit définitivement réglée dans tout le pays. En gageant que cette fois-ci la volonté du Parlement sera respectée, par 11 voix contre 10 et 2 abstentions, la commission de ce conseil vous recommande de donner suite à cette initiative cantonale sur la thématique du loup.

Semadeni Silva (S, GR): Eine ganz knappe Mehrheit der Kommission will dieser Walliser Standesinitiative Folge geben. Ich hoffe, dass sich der Rat anders entscheidet und der Minderheit, dem Ständerat und dem Bundesrat folgt. Die Standesinitiative schlägt die Wiederausrottung des Wolfes vor. Es gibt nicht nur inhaltliche Argumente dagegen, es gibt auch formale Argumente, die wir als seriöse Parlamentskammer nicht ausser Acht lassen dürfen. Auf diese möchte ich zuerst eingehen.

Wir debattieren ja nicht zum ersten Mal über diesen Rückkehrer; es ist kein Einwanderer, sondern ein Rückkehrer. Der Nationalrat hat erst kürzlich, im März 2015, mit grossem Mehr dem Bundesrat den Auftrag erteilt, die Motion Engler 14.3151 umzusetzen. Diese verlangt eine Revision des Jagdgesetzes, damit künftig Wolfsbestände reguliert werden können, wenn die Wölfe trotz Präventionsmaßnahmen grosse Schäden anrichten. Dabei sollen auch touristische, landwirtschaftliche und jagdliche Interessen berücksichtigt werden. Weiter kann es Abschüsse geben, wenn eine konkrete Gefährdung von Menschen droht. Die Berner Konvention lässt dies alles zu. Ziel der Motion Engler ist das «Zusammenleben von Wolf und Bergbevölkerung», so lautet auch der Titel.

Die Umsetzung ist schon weit fortgeschritten. Der Bundesrat hat am 24. August 2016, also vor wenigen Wochen, die Vernehmlassung dazu eröffnet. Im nächsten Jahr werden wir über die Revision des Jagdgesetzes befinden können. Die Initiative des Kantons Wallis verlangt hingegen den unnötigen Austritt aus der Berner Konvention und die Jagdbarkeit des Wolfes. Dagegen ist sogar Jagd Schweiz.

Die Regelung der Wolfsbestände ist mit der Motion Engler gut vereinbar, die Standesinitiative Wallis aber nicht. Würde sie im Parlament unterstützt, müsste die Verwaltung mit ihrer Arbeit von vorne beginnen, sie hat ja die Revision schon in die Vernehmlassung geschickt. Ein solches Verhalten des Nationalrates wäre nicht seriös, ja sogar beschämend. Wir sind als Gesetzgeber glaubwürdig, wenn wir hier Nein sagen und am früheren Entscheid festhalten.

Nun zum Inhaltlichen: Es gibt heute in der ganzen Schweiz nicht mehr als vierzig Wölfe. Und es wurde politisch bereits darauf reagiert. Die Jagdverordnung wurde schon einige Male angepasst, die Regulation von Einzelwölfen und Rudeln ist zugelassen. Ein Wolfskonzept als Vollzugshilfe zum Wolfsmanagement der Kantone liegt vor, der Herdenschutz wird unterstützt, Wolfsrisse entschädigt. Die Umsetzung der Motion Engler steht an, und sie geht noch weiter. Radikale Lösungen sind aber weder wünschbar noch durchsetzbar.

Zielvoll ist nicht «Fertig lustig!», auch wenn es lustig klingt. Zielvoll sind Massnahmen für ein nachhaltiges Zusammenleben von Mensch, Nutzieren und Wolf, wie die Erfahrungen in Graubünden zeigen. Ich komme aus Graubünden, ich kann das bezeugen. Die Wolfspolitik ist vor allem erfolgreich, wenn der Herdenschutz konsequent ausgebaut wird. Wenn wir der Walliser Standesinitiative Folge geben, schaden wir aber der ganzen Sache. Wir wollen

keine Eskalation der Konflikte. Beide Kammern wollen einen vernünftigen Kompromiss. Dies soll mit der Umsetzung der Motion Engler erreicht werden.

Ich danke Ihnen, dass Sie die Standesinitiative ablehnen und der Minderheit, dem Ständerat und dem Bundesrat folgen.

Schmidt Roberto (C, VS): Sie wissen sicher, dass der Wolf vor allem Schwarznasenschafe und Schwarzhalsziegen reisst. Das sind alles geschützte Arten. Der Wolf dagegen ist nicht mehr bedroht. Wie erklären Sie den Bürgern, warum man gerade den Wolf und nicht die gefährdeten Tierrassen schützen soll?

Semadeni Silva (S, GR): Der Wolf ist ein Raubtier, und Raubtiere reißen andere Tiere. Das ist in der Natur so. Wenn die Nutztiere geschützt werden, dann hat der Wolf keine Chancen. Das kann ich Ihnen mit der Erfahrung in Graubünden sagen. Es kommt ab und zu vor, dass der Wolf ein Tier reisst; es sind zwei- bis dreihundert Nutztiere pro Jahr. Und Sie wissen ganz genau, dass vier- bis fünftausend Schafe und Ziegen verunfallen, weil sie nicht behirten sind, weil sie nicht gehütet werden. In diesem Sinne sind die Schäden, die die Wölfe anrichten, nur ein kleiner Teil.

Ich weiss auch von den Jägern, dass sie solche Initiativen nicht unterstützen. Denn die Wölfe reißen insbesondere Wildtiere, und unter den Wildtieren die schwächsten.

Regazzi Fabio (C, TI): Gentile collega, nel suo intervento ha parlato della Convenzione di Berna specificando che questa mozione chiederebbe un'inutile uscita da questa convenzione. Ma lei è consapevole che il nostro Parlamento ha già deciso, approvando la mozione Fournier, di uscire dalla Convenzione di Berna?

Semadeni Silva (S, GR): Sono molto cosciente di questo e so esattamente cosa ha fatto il Consiglio federale per mettere in pratica quanto il Parlamento ha deciso. Subito dopo l'accettazione della mozione Fournier il Consiglio federale ha preso contatto con il direttorio della Convenzione di Berna ed è stato chiarito che gli articoli 8 e 9 vengono interpretati, proprio per questo, in un altro modo e che la regolazione delle popolazioni di lupi è permessa, così come lo stiamo già facendo da alcuni anni. Bisognerebbe capirlo una volta per tutte, il gioco che state facendo è un gioco stupido!

von Siebenthal Erich (V, BE): Ist Ihnen bewusst, dass Alpen wegen der Präsenz des Wolfes zunehmend nicht mehr bewirtschaftet werden können?

Semadeni Silva (S, GR): Ich habe die Antwort des Bundesrates auf eine Interpellation von Ihnen gelesen. Gemäss dieser ist es nicht nachweisbar, dass Alpen wegen der Präsenz von Wölfen verlassen werden. Die Alpen werden aus ganz anderen Gründen verlassen: weil die Bauern zu wenige oder keine Nachkommen haben, um die Bewirtschaftung in allen Gegenden aufrechtzuerhalten.

Präsident (Stahl Jürg, erster Vizepräsident): Die Kommission mehrheit beantragt, der Standesinitiative Folge zu geben. Eine Minderheit beantragt, ihr keine Folge zu geben.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.320/13 875)
 Für Folgegeben ... 101 Stimmen
 Dagegen ... 83 Stimmen
 (2 Enthaltungen)

15.300

Standesinitiative Thurgau. Änderung des Jagdgesetzes zur Entschädigung für Schäden, welche Biber an Infrastrukturen anrichten

Initiative cantonale Thurgovie. Modification de la loi sur la chasse. Versement d'indemnités pour les dégâts causés aux infrastructures par les castors

Vorprüfung – Examen préalable

Ständerat/Conseil des Etats 09.03.16 (Vorprüfung – Examen préalable)

Nationalrat/Conseil national 14.09.16 (Vorprüfung – Examen préalable)

Präsident (Stahl Jürg, erster Vizepräsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Bourgeois Jacques (RL, FR), pour la commission: On voit que la diversité des espèces animales occasionne toujours de vifs débats dans cette salle.

La Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie a traité, lors de sa séance du 24 mai 2016, l'initiative du canton de Thurgovie relative aux dégâts causés par les castors. Cette initiative cantonale a pour but une modification de l'article 13 de la loi fédérale sur la chasse et la protection des mammifères et oiseaux sauvages, de sorte que la réparation des dégâts causés par les castors aux infrastructures que sont les routes, les berges des canaux, ainsi que les installations de drainage et d'aménagement des cours d'eau, soit financée par la Confédération et les cantons.

Le castor, qui a été réintroduit dans les cours d'eau de différentes régions de Suisse à partir des années 1950, bénéficie d'une protection au sens de la loi sur la chasse. Sa protection, ainsi qu'un habitat naturel approprié, ont favorisé son développement, notamment dans les petits cours d'eau localisés en grande partie en zone agricole. Actuellement, on dénombre plus de 2800 castors dans notre pays, soit 1200 de plus qu'il y a environ dix ans. Cette forte augmentation crée de plus en plus de dommages, d'une part, aux infrastructures, telles que les chemins pédestres, agricoles ou forestiers, et, d'autre part, en cas de crue, en raison des barrages qu'ils construisent.

Notre conseil traite ce dossier en tant que deuxième conseil, le Conseil des Etats s'étant déjà prononcé sur cette initiative cantonale, en ne lui donnant pas suite, par 20 voix contre 17, lors de sa séance du 9 mars 2016.

Selon le Conseil des Etats, le respect d'une zone tampon, déjà prescrite par la réglementation sur la protection des eaux, permet de diminuer les dommages causés aux infrastructures par l'activité des castors. C'est par le biais de telles mesures de prévention que les problèmes de cohabitation avec le castor devraient se régler. Le Conseil fédéral, dans sa réponse à la motion Piller Carrard 12.4231, partage cette approche. En outre, il mentionne que la loi fédérale sur la chasse permet aux cantons concernés de prendre, le cas échéant, des mesures préventives ou d'intervenir pour réguler une population de castors.

La majorité des membres de la commission ne partagent pas les appréciations du Conseil fédéral et du Conseil des Etats. Ils sont d'avis que les zones tampons, liées à l'espace réservé aux eaux, ne sont pas suffisantes pour éviter des dommages et des conflits. Il sied de rappeler que 90 pour cent des dommages causés sont constatés à une distance de dix mètres des cours d'eau. Malgré cela, des infrastructures placées près des cours d'eau, comme des chemins pédestres, agricoles ou forestiers, peuvent subir des dommages conséquents. Des crues qui pourraient avoir lieu, à

